

Innenminister warnt vor der Linkspartei

Debatte Gesine Lötzschs Kommunismuszitat erregt auch die Landespolitiker.

Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech (CDU) hält die Beobachtung der Partei Die Linke durch den Landesverfassungsschutz für nötiger denn je. Die Äußerungen von Linke-Bundeschefin Gesine Lötzsch, am Ziel des Kommunismus festzuhalten, seien entlarvend und zeigten die ablehnende Haltung von Teilen dieser Partei zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, sagte der CDU-Politiker am Freitag in Stuttgart. „Es ist unser Auftrag, das Grundgesetz und die Demokratie gegen alle Verfassungsfeinde und politischen Extremisten zu verteidigen.“ In einem Beitrag für die marxistische „Junge Welt“ hatte Lötzsch unter anderem geschrieben: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.“ Damit löste sie bei den anderen im Bundestag vertretenen Parteien Empörung aus. Die CSU schloss am Donnerstag ein Verbotsverfahren gegen die Partei Die Linke nicht aus.



„Es ist unser Auftrag, das Grundgesetz zu verteidigen.“

Heribert Rech, CDU Innenminister

Das sei alles alte Zeug, das längst abgelegt sein sollte. Die interne Debatte bei der Linken zeige, dass es noch unheimlich viel Klärungsbedarf gebe, bevor sie im Land an Bedeutung gewinnen könne.

Linke-Fraktionschef Gregor Gysi distanzierte sich gestern hat sich von den Äußerungen der Parteivorsitzenden. „Wir können mit dem Begriff Kommunismus unsere Ziele nicht erklären“, sagte Gysi dem „Tagesspiegel“ (Samstag). Lötzschs Formulierungen seien „missverständlich“. Der Sprecher der Linken in Baden-Württemberg, Bernd Riexinger, wies die Kritik an der Äußerung von Lötzsch zurück, weil der zitierte Satz aus dem Zusammenhang eines längeren Textes gerissen sei: „Der eine Satz ist unglücklich formuliert und entspricht nicht dem, was sie denkt.“ Sie habe sich im gesamten Artikel auf den Freiheitsbegriff von Rosa Luxemburg gestützt. Riexinger betonte: „Für mich gibt es gar keinen Zweifel, dass Gesine Lötzsch eine demokratische Sozialistin ist.“ Der demokratische Sozialismus habe auch nichts mit der ehemaligen DDR zu tun. *lsw*

Weinsberg

A-6-Ausbau mit privaten Investoren

Beim Ausbau der A6 zwischen Neckarsulm und dem Weinsberger Kreuz möchte die Landesregierung die Wirtschaft als Investor mit ins Boot holen. Das Stuttgarter Verkehrsministerium bestätigte, dass die Bundesregierung diesem Bestreben ihre Zustimmung erteilt hätte. Geplant ist, dass sich Investoren an dem rund 80 Millionen teuren Ausbau der A6, eine der wichtigsten Ost-West Autobahntangenten in Deutschland, beteiligen sollen. Dafür könnten diese dann einen Teil der Mauteinnahmen für sich beanspruchen. Laut Verkehrsministerium ist davon auszugehen, dass der Ausbau der A6 voraussichtlich 2014 vollendet sein wird. Eigentlich sollte der auf sechs Spuren erweiterte Ausbau bereits im vergangenen Jahr angegangen werden. Doch aufgrund der Mittelkürzungen für den Fernstraßenbau verzögert sich der Ausbaubeginn um zwei Jahre. Auch der weitere sechsspurige Ausbau der A6 ab dem Weinsberger Kreuz bis zur Landesgrenze Bayern rückt damit in weite Ferne. *kcb*

Kontakt

Redaktion Landespolitik
Telefon: 07 11/72 05-11 81
E-Mail: suedwest@stz.zgs.de

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 25

Naturschützer für sofortigen Atomausstieg

Radolfzell Umweltverbände nutzen die 35. Naturschutztage zur Demonstration gegen die Kernkraft. Von Wolfgang Messner

Am Ende der knapp anderthalbstündigen Diskussion unter vier baden-württembergischen Spitzenpolitikern hatte dann das Auditorium das Wort. Nach Aufforderung der BUND-Landesvorsitzenden Brigitte Dahlbender zeigten die mehr als 500 Teilnehmer der 35. Naturschutztage in Radolfzell, was sie von der schwarz-gelben Landesregierung erwarten: den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. „Abschalten, abschalten“, skandierten der voll besetzte Saal im Radolfzeller Milchwerk mit Transparenten und Plakaten an die Adresse des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU). Vereinzelt waren auch die Rufe der Gegner von Stuttgart 21 zu hören: „Oben bleiben.“

So zeichnete sich bei der vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und Naturschutzbund (Nabu) gemeinsam organisierten Tagung ab, was Beobachter schon länger vorhersagen: Neben Stuttgart 21 und dem Thema Bildung wird die Atompolitik wohl das zentrale Thema der Landtagswahl am 27. März sein.

Dahlbender forderte die Landesregierung auf, die von der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken wieder rückgängig zu machen. „Unser Mindestforderung lautet: Rückkehr zum Atomkonsens.“ Ein Verzicht auf Atomkraft bedeute ein Mehr an erneuerbaren Energien und nicht, wie die Landesregierung glauben machen wolle, eine Rückkehr zur Stromerzeugung aus Kohle, meinte Dahlbender.

Die Landesregierung sollte nach Ansicht von Nabu-Landesvorsitzender Andre Baumann ihren Wiedereinstieg beim Stromkonzern Energie Baden-Württemberg (EnBW) nutzen, um sich für den Ausbau regenerativer Energien starkzumachen. Die Investitionen der EnBW in Offshore-Windparks an den Küsten von Nord- und Ostsee reichten nicht aus. Da sich die EnBW nun wieder „in Bürgerhand“ befinde, so Baumann, müsse nun eine energiepolitische Wende eingeleitet werden. Die



Am Rande einer Podiumsdiskussion in Radolfzell haben Atomkraftgegner lautstark gegen die Landesregierung protestiert.

Foto: dpa

Wähler hätten die Gelegenheit, die „Landtagswahl auch zu einer Abstimmung über eine künftige Energiepolitik zu machen“, forderte Baumann weiter.

Der Nabu-Landeschef rief die Landesregierung dazu auf, verstärkte Anstrengungen zum Artenschutz und zum Schutz von Natur und Landschaft zu unternehmen. Im abgelaufenen Jahr der Biologischen Vielfalt habe die Landesregierung ihr selbst gestecktes Ziel, den Landschaftsverbrauch und den Schwund an seltenen Tieren und Pflanzen aufzuhalten, „grandios verfehlt“. Einst vertraute Vögel wie die Feldlerche und bekannte Pflanzen wie die Schafgarbe ständen bereits auf der roten Liste der bedrohten Arten. Baumann forderte ökologische Vorrangflächen in der Landwirtschaft. Ein Landwirt solle nur dann öffentliche Gelder erhalten, wenn er auch nachweisen könne, dass er die Natur schütze. Baumann sprach sich des Weiteren für eine gezielte Förderung der gentechnikfreien Landwirtschaft aus.

SEIT 35 JAHREN GIBT ES DIE NATURSCHUTZTAGE IN RADOLFZELL

Geschichte Die Naturschutztage in Radolfzell finden 2011 zum 35. Mal statt. 1977 wurden sie von dem Umweltschützer und Ornithologen Gerhard Thielcke (1931-2007) ins Leben gerufen, um die Fortbildung in der Naturschutzbewegung auszubauen.

Forum Mit mehr als 500 Teilnehmern ist die vom Naturschutzbund (Nabu) und dem Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) gemeinsam organisierte und bundesweit vielbeachtete Veranstaltung die größte ihrer Art im deutschsprachigen Raum.

Politik Seit längerem stehen neben dem Erfahrungsaustausch auch umweltpolitische Themen im Vordergrund. Für die Aus- und Weiterbildung stehen den Teilnehmern an den vier Tagen gut zwei Dutzend Seminare, Foren und Exkursionen zur Verfügung. *wom*

In einer Podiumsdiskussion zu Energie- und Klimapolitik, Landwirtschaft und Naturschutz leiteten dann der CDU-Fraktionschef Peter Hauk, SPD-Landeschef Nils Schmid, Grünen-Fraktionschef Winfried Kretschmann sowie FDP-Fraktionsvize Friedrich Bullinger den Wahlkampf ein. Hauk verteidigte die Politik der Regierung, die auf einen Mix aus Atomkraft und erneuerbaren Energien setze. Mit dem Einstieg des Landes bei der EnBW sei durch etwaige Überschüsse ein Ausbau der Nah- und

Fernwärmeversorgung möglich. Kretschmann versprach nach einem Wahlsieg einen sofortigen Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere den der Windkraft. „Dafür nehmen wir bestimmte Eingriffe in die Landschaft in Kauf“, sagte der Grünenpolitiker. SPD-Landeschef Schmid setzt auf eine „nachhaltige soziale und ökologische Marktwirtschaft“, während FDP-Fraktionsvize Bullinger mehr vom Sparen und der Kraft-Wärme-Koppelung hält. „Darin liegt die größte Effizienz.“

Wieder Wirbel um den ICE-Halt in Mannheim

Bahntrasse Der Mannheimer Rathauschef will von Bypassplänen erfahren haben. Doch Land und Bund dementieren solche Absichten.

Die ICE-Anbindung Mannheims verursacht Aufregung. Oppositionspolitiker von SPD und Grünen im Landtag forderten am Freitag, die geplante Schnellbahntrasse Frankfurt-Stuttgart müsse über den Mannheimer Hauptbahnhof führen. Die Grünen-Abgeordnete Theresia Bauer und Uli Sckerl sprachen von einem Skandal, sollte der sogenannte Bypass – die Umfahrung Mannheims – wieder herausgekratzt werden. Mannheim ist mit rund 310 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs.

Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) hatte in seiner Neujahrsansprache erklärt, er habe klare Hinweise darauf, dass das Bundesverkehrsministerium eine Umfahrung von Mannheim plane. Denkbar sei sogar, dass die Züge künftig gar nicht mehr im Hauptbahnhof halten.

Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) betonte, mit ihm seien Änderungen

der aktuellen Planungen für die Neubaus Strecke nicht zu machen. „Die Einbindung des Hauptbahnhofs Mannheim ist für den Schienenpersonenfernverkehr unabdingbar“, sagte Mappus. Dies habe der Landtag beschlossen, und es sei nach dem Bundesverkehrswegeplan auch geltendes Recht des Bundes. Er habe keinen Hinweis darauf, dass der Bundestag dies ändern wolle.

Ein Sprecher des Bundesverkehrsministeriums betonte gestern ebenfalls: „Am Status quo hat sich nichts geändert.“ Der Bedarfsplan lasse keinen Bypass Mannheim zu. Den Bedarfsplan selbst kann nur der Bundestag ändern.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Helen Heberer hatte Mappus aufgefordert, bei dem Thema eine klare Position zu beziehen. Nur wenn die Stadt, die Region und vor allem auch das Land an einem Strang zögen, könne verhindert werden, dass Bypasspläne immer wieder hervorgeholt wer-



Hält der ICE auch auf der künftigen Schnellbahntrasse in Mannheim? Foto: dpa

den. Bauer und Sckerl forderten eine „endgültige Beerdigung“ dieser Pläne. Die Schnellbahntrasse soll die Fahrzeit zwischen Frankfurt und Stuttgart deutlich verkürzen. Die Züge sollen auf den neuen Gleisen Geschwindigkeiten von bis zu 300 Stundenkilometern erreichen. Über das Projekt wird bereits seit zehn Jahren gestritten. *lsw*

Gewerkschaft

Lehrer drohen mit Unterrichtsausfall

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat mit Dienst nach Vorschrift an den Schulen Baden-Württembergs gedroht. Das könnte zu massiven Unterrichtsausfällen und abgesagten Klassenausflügen führen, teilte die GEW am Freitag in Stuttgart mit. Grund für die Drohung ist das sogenannte Vorgriffsstundenmodell, das die CDU/FDP-Landesregierung verpflichtend einführen will. Demnach sollen die Lehrer mehr arbeiten als vorgesehen. Dafür sollen sie später mehr Freizeit bekommen. Die GEW lehnte das Konzept ab. Am Montag wollen sich Gewerkschaftsvertreter mit Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) treffen.

„Wenn es Dienst nach Vorschrift gibt, werden sich Lehrer zweimal überlegen, ob sie eine Krankheitsvertretung übernehmen, oder mit der Klasse ins Schullandheim fahren“, sagte GEW-Sprecher Matthias Schneider. Die GEW vertritt eigenen Angaben zufolge rund 30 000 verbeamtete Lehrer im Land. *lsw*

SPD: Landesregierung vernachlässigt Realschulen

Bildung Die Mittelschulen gelten als die goldene Alternative zum stressigen Gymnasium. Doch die SPD sieht massive Missstände.

Volle Klassen, zu wenig Lehrer und zahlreiche ausgefallene Stunden: Die Realschulen im Südwesten stoßen nach Ansicht der oppositionellen SPD an ihre Grenzen. „Die Realschüler leiden unter ungeklärten Problemen der Hauptschulen und Werkrealschulen sowie unter dem großen Stress an den achtjährigen Gymnasien“, monierte SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel am Freitag in Stuttgart. Er forderte unter anderem eine zusätzliche Klassenlehrerstunde und mehr Lehrer für Projektstunden. Gerade weil Realschulen von Schülern mit sehr unterschiedlichem Wissensstand und aus sehr verschiedenen Elternhäusern besucht würden, sei eine individuelle Förderung wichtig – doch dafür fehle meist das Personal.

Es sei nicht hinnehmbar, dass im laufenden Schuljahr umgerechnet 1000 Schulstunden pro Realschule ausfallen, sagte

SPD-Schulexperte Norbert Zeller. Im Schuljahr davor seien es rund 800 gewesen. Reserven fehlten: Realschulen seien mit Lehrern vergleichsweise am schlechtesten versorgt. Sie erhielten pro Schüler im Schnitt nur 1,32 Lehrerwochenstunden. An Gymnasien seien es 1,49 und an den Hauptschulen 2,05. Arbeitsgemeinschaften wie Sport, Musik und Kunst seien an Realschulen deshalb oft gar nicht möglich.

„Die Realschulen platzen aus allen Nähten“, beklagte auch Sabine Leber-Hoischen vom Gesamtelternbeirat Mannheim. Die Schulform werde immer mehr zu einer „Sandwich-Schule, die von unten und oben alles abbekommt“. Vor allem in den Klassen 7 und 8 kämen viele Schüler von den Gymnasien. Bis zu 30 Prozent der Realschüler verfügten über eine Gymnasialempfehlung der Grundschule, sagte Zeller. Zur Entlastung fordert der Gesamtelternbeirat

mehr Klassenlehrerstunden, eine Nachbesprechung beim achtjährigen G 8 und den Ausbau der beruflichen Gymnasien.

Der Notenschnitt von 3,0 für den Wechsel auf ein berufliches Gymnasium müsse festgeschrieben werden, verlangte Zeller und forderte einen Rechtsanspruch. Derzeit müssten durch den großen Andrang auf diese Schulform häufig Jugendliche abgewiesen werden. Ohne einen Notenschnitt von 2,5 sei manchmal gar kein Platz zu bekommen. „Die Schüler brauchen Planungssicherheit.“

Mit Verweis auf die Chancengleichheit plädierte die Sozialdemokraten ferner für „echte Ganztagschulen“ und für Verbundschulen wie etwa Realschulen mit integriertem Gymnasialangebot.

Kultusministerin Marion Schick (CDU) räumte ein, dass das Hauptaugenmerk in den vergangenen Jahren auf anderen Schulformen gelegen habe. Deshalb solle kommende Legislaturperiode bei einer CDUgeführten Landesregierung „die Real-

schule in den Mittelpunkt der Bildungspolitik“ gestellt werden, teilte sie mit. Diese Schulform werde besonders von kleineren Klassen profitieren. Der SPD machte sie Vorwürfe: „Einerseits bei jeder Gelegenheit die Einheitsschule zu fordern und andererseits den Realschulen falsche Versprechungen zu machen, ist eine verlogene Konzeptionslosigkeit.“ Schick hatte Ende Dezember darauf hingewiesen, dass viele Eltern sich nicht nach den Empfehlungen der Grundschule richteten. 17,7 Prozent von ihnen würden

freiwillig darauf verzichten, ihr Kind auf das Gymnasium zu schicken, und stattdessen die Realschule vorziehen.

Vielen sei die Belastung auf dem achtjährigen Gymnasium zu hoch. Auf der anderen Seite seien 22,8 Prozent der Eltern nicht damit einverstanden gewesen, dass ihren Kindern nur Hauptschule und Werkrealschule empfohlen wurde. Wenn jedoch zusätzlich die Realschule zur Wahl stand, waren 90 Prozent einverstanden. *lsw*

„Die Realschulen platzen aus allen Nähten.“

Sabine Leber-Hoischen, Elternsprecherin